

Platz abbeck

Nr. 7, 17. Dezember 2009

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Schauspielhaus: LINKE befürchtet finanzielles Desaster

In der Diskussion über Sanierung oder Neubau der Oper hat sich die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln von Anfang an gegen einen Neubau und für den Erhalt der denkmalgeschützten Riphan-Oper ausgesprochen. Im Mittelpunkt unserer Diskussion standen aber auch gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und ein gemeinsamer Standort von Oper und Schauspielhaus.

Den Siegerentwurf für den Neubau des Schauspielhauses sah die Fraktion immer kritisch. Die Gefahr einer Kostenexplosion war früh erkennbar. Deshalb sprach sich DIE LINKE. in ihrem Kommunalwahlprogramm für die Deckelung der Baukosten bei 230 Mio. Euro aus sowie eine Reduzierung der Höhe des Schauspielhauses um ein Stockwerk, denn es würde sonst die Riphan-Oper überragen.

In der Neukalkulation im Sommer dieses Jahres explodierten dann die reinen Baukosten, also ohne Kosten für den Umzug und die Interimslösung, auf 355 Mio. Euro. Oberbürgermeister Schramma stoppte erst einmal die weiteren Planungen, was dann im Folgenden zu erheblichen Verzögerungen führte.

Die Fraktion fühlt sich in ihrer Kritik bestätigt. Leider spielte das Thema in den Wahlkämpfen nur in der Kulturszene eine gewisse Rolle. Die dramatischen Auswirkungen der Krise wurden immer wieder schönigt und klein geredet.

Nach der Bundestagswahl begann das Erwachen. Als der Stadtkämmerer erklärte, alle freiwilligen Ausgaben, zu denen auch die Kultur gehört, werden um 15 % gekürzt, regte sich der erste Protest.

Die Intendantin des Schauspielhauses Karin Beier sprach sich gegen einen Neubau und für eine Sanierung des Schauspielhauses aus. Dem Oberbürgermeister legte sie ein Sanierungskonzept in zwei Stufen vor. In der ersten Stufe sollten 220 Mio. Euro verbaut werden. Im zweiten Schritt wären noch einmal 38,5 Mio. Euro Bau-

weiter Seite 2

Durchbruch für Gesamtschul- befürworter

Anfang Januar 2008 erklärte die Beigeordnete Frau Dr. Klein dem Kölner Stadtanzeiger, dass es mit den Irrungen und Wirrungen des vorangegangenen Jahres vorbei sei. Es stünden im Jahr 2008 genug Plätze für die SchülerInnen zur Verfügung. Hintergrund war, dass eine Lösung für die fehlenden 400 Plätze an Gymnasien, die im Jahr 2007 für Wirbel sorgten, gefunden wurde. Anders die Situation an den Gesamtschulen.

Seit 2007 wurde nach Anfragen der LINKEN von Seiten der Verwaltung zwar immer wieder bedauert, dass viele Kinder an Gesamtschulen abgelehnt werden mussten. Die notwendigen Schritte, um dieser Fehlentwicklung entgegen zu wirken und eine weitere Gesamtschule bei der Bezirks-

regierung zu beantragen, wurden aber nicht eingeleitet. Letztlich fehlte der politische Wille der Ratsmehrheit eine weitere Gesamtschule einzurichten.

Obwohl die Gesamtschule ihrem konzeptionellem Ziel, dem Ende der Selektion im Bildungssystem und der Chancengerechtigkeit nicht ausreichend gerecht werden kann solange es weiterhin ein mehrgliedriges Schulsystem gibt, wird durch die besondere Nachfrage nach Gesamtschulen die Akzeptanz und die Wichtigkeit dieser Schulform deutlich.

Deshalb startete DIE LINKE. im Sommer eine Postkartenaktion und eine Unterschriftenkampagne und setzte sich für die Elternbefragung ein. Diese Befragung liefert eindeutige Ergebnisse.

So werden zum Schuljahresbeginn 2011/12 570 Gesamtschulplätze in Köln fehlen. Schon bei fünfzügigen Schulen à 25 SchülerInnen wären demnach fünf weitere Gesamtschulen nötig.

Daher beantragte DIE LINKE. für die Ratssitzung am 17.12. die Errichtung einer weiteren Gesamtschule mit gemeinsamem Unterricht von SchülerInnen mit und ohne Behinderung. Zusätzlich fordert sie ein Konzept, um der gesamten Nachfrage an Gesamtschulplätzen gerecht zu werden. Das könnte beispielsweise durch die Errichtung weiterer Schulen oder die Erweiterung bestehender Gesamtschulen erreicht werden.

SPD und Grüne haben als Reaktion auf diesen Antrag ebenfalls die sofortige Errichtung einer neuen Gesamtschule in Nippes bean-

weiter Seite 2



tragt. Danach kam eine sehr ähnliche Verwaltungsvorlage dazu. Vorübergehend sollen nun erst einmal die Räumlichkeiten der Hauptschule Brehmstraße für eine vierzügige Gesamtschule zur Verfügung stehen.

Die Tatsache, dass sich unsere KollegInnen im Rat und der Verwaltung unserer langjährigen Arbeit für neue Gesamtschulen angeschlossen haben, freut uns sehr. Schließlich verweigerten SPD und Grüne noch vor einem halben Jahr einem Antrag der LINKEN auf Errichtung einer weiteren Gesamtschule die Zustimmung. Doch eine einzige weitere Gesamtschule kann nicht das Ende der schulpolitischen Umstrukturierung in Köln sein. Für DIE LINKE. lautet das politische Ziel nach wie vor „Eine Schule für Alle bis zur 10. Klasse“. Doch bis dies auf Landesebene durchgesetzt ist, dürfen die Eltern in Köln, die ihre Kinder auf die Gesamtschule schicken wollen, nicht einfach vertröstet werden. Der Wunsch aller Eltern, die ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken möchten, muss berücksichtigt werden. Deshalb ist ein umfassendes und langfristig angelegtes Konzept nötig.

Nach der Elternbefragung sprechen sich 2/3 aller Eltern unmittelbar für das längere gemeinsame Lernen in der Schule aus. 72 % möchten den Gemeinsamen Unterricht – also die Inklusion – mit entsprechenden Ressourcen und 82 % aller Eltern möchten ihr Kind auf eine Schulform schicken, auf der es die Möglichkeit erhält, das Abitur zu erlangen. Das sind ganz klare Fakten, die zeigen, dass in Köln und NRW noch viel im Bereich der Bildung zu tun ist. Befürworter der Trennung nach der 4. Klasse sehen die realen Wünsche und Sorgen der Eltern nicht.

DIE LINKE. und die Schülervertretungen sowie viele Eltern sprechen sich für Eine Schule für ALLE und somit für mehr Chancengerechtigkeit und mehr Perspektiven für jeden Einzelnen aus. Nun aber freuen wir uns erstmal über die Errichtung einer weiteren Gesamtschule im Linksrheinischen - in Nippes!

Özlem Demirel



kosten fällig. Dieser soll allerdings erst in Angriff genommen werden, wenn sich die kommunalen Finanzen erholt haben. Die Intendantin begründete dies u. a. damit, dass sie Kürzungen im laufenden Kulturretat für den Spielbetrieb befürchte.



Mit dieser Vermutung lag Frau Beier völlig richtig. Denn die Sanierungskosten der Bühnen werden nicht über den Investitionsetat der Stadt finanziert, sondern durch jährliche Betriebskostenzuschüsse aus dem laufenden Haushalt. Schließlich sind die Bühnen ein Eigenbetrieb mit eigener Finanzhoheit und somit kein Teil des städtischen Haushalts. Je mehr Betriebskosten die Stadt aufbringen muss, desto geringer sind die Mittel für andere freiwillige Leistungen der Stadt Köln.

Inzwischen ist auch klar, dass die Messe ihre Miete nicht mehr selbst aufbringen kann und deswegen aus dem laufenden Haushalt ca. 22 Mio. Euro jährlich an den Esch-Oppenheim-Fonds fließen werden.

All diese Gründe haben dazu beigetragen, dass sich die Ratsfraktion auf der kommenden Ratssitzung gegen einen Neubau und für eine Sanierung des Schauspielhauses aussprechen wird.

In der Sondersitzung des Betriebsausschusses Bühnen kristallisierten sich zwei Positionen heraus: „Weiter so!“ und die Position „Die Diskussion neu aufmachen – neu zu denken.“

Die Vertreter der LINKEN machten deutlich, dass eine solche inhaltliche Diskussion unbedingt geführt werden müsse, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur an der Oberfläche stecken bliebe. Insofern müsse man auch eine Notsanierung für 90 Mio. Euro noch mal überdenken, auch wenn sie auf lange Sicht vielleicht teurer kommt. „Aber wissen wir denn, wie in zwanzig Jahren die Oper bei den deutlichen Veränderungen in der Bevölkerung genutzt wird?“ fragte ein Ratsvertreter.

Jörg Detjen

Kommunale Haushaltslöcher nicht noch weiter aufreißen!

Am Freitag, den 4. 12. entschied der Deutsche Bundestag über die zukünftige Aufteilung der Finanzierung der Kosten der Unterkunft (KdU) für Bezieher von Leistungen nach SGB II zwischen Bund und Kommunen.

Für die Stadt Köln hätte eine Zustimmung des Bundestages zur Vorlage der schwarz-gelben Bundesregierung im Haushaltsjahr 2010 Mehrausgaben von 38,5 Millionen Euro zur Folge, wie Sozialdezernentin Marlies Bredehorst bei der Expertenanhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales eindrucksvoll referierte.

Hintergrund für die Auseinandersetzung ist der schleichende Rückzug des Bundes aus der Kommunalfinanzierung. Die bei der Einführung von Hartz IV versprochenen Entlastung von 2,3 Mrd. Euro jährlich ist jedoch nicht eingetreten, im Gegensatz zur massenhaften Entrechtung und Verarmung der Betroffenen. Trotz der immer dramatischeren Haushaltslage der Städte und Gemeinden wurde der Bundesanteil von ursprünglich 29,1 % 2008 auf

28,6% und 2009 auf 25,4% abgesenkt. Nunmehr hat der Bundestag eine Vorlage der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossen, die den Bundesanteil auf 23,6% im Jahr 2010 noch weiter absenkt.

DIE LINKE. hat dazu im Bundestag einen eigenen Antrag mit der Forderung eingebracht, dass der Bund sich adäquat an den tatsächlichen Kosten beteiligt und die Kommunen finanziell nicht im Regen stehen lässt. „Das liegt,“ wie unser Kölner Bundestagsabgeordneter Matthias W. Birkwald betont, „ausdrücklich auch im Interesse der betroffenen ALG II-Berechtigten, damit die Kommunen nicht ihrerseits versuchen, mit einer weiteren Entrechtung der Betroffenen die vom Bund gerissenen Haushaltslöcher auf Kosten der Schwächsten zu stopfen.“

Die Ratsfraktion DIE LINKE. kritisiert, dass durch diese Maßnahme erneut Gelder für freiwillige Leistungen dem sozialen Köln und der Kultur entzogen werden.

*Gisela Stahlhofen,
Matthias W. Birkwald (MdB)*

Aus den Bezirksvertretungen

■ Kalk

Anfrage als Dauerbrenner

Wie im Platzjabbeck 1/2009 berichtet, hatte DIE LINKE. in der BV 8 (Kalk) im November 2008 eine Anfrage zum Thema: Verwahrlosung öffentlicher Wege und Plätze, hier am Beispiel Neubrücks gestellt und in der März-Sitzung eine Antwort erhalten. Damals lautete der letzte Satz des Artikels: „Der durch die Verwaltung versprochenen, zukünftigen regelmäßigen Reinigung sowie der angekündigten Sanierung des Gehwegs durch das Amt für Straßen und Verkehrstechnik sieht DIE LINKE. Köln mit wachem Auge entgegen.“ Darum stellten wir im Juni eine erneute Anfrage zu diesem Themenbereich und in der BV-Sitzung im Dezember kam jetzt die Reaktion der Verwaltung. Wie DIE LINKE. auch auf der Sitzung deutlich machte, kann keineswegs von Antwort gesprochen werden, da es zu 4 von 5 Unterfragen Unklarheiten und widersprüchliche Aussagen gab und die 5. gar nicht beantwortet wurde. Das stellte der LINKE Bezirksvertreter HP Fischer in einem ausführlichen Wortbeitrag dar, den er anschließend der Verwaltung zu Protokoll gab. Zwei Dinge die besonders auffallen:

Die Verwaltung behauptet entgegen ihrer Antwort von März, dass es keine Reinigungsausfälle gegeben hätte. Sie bezichtigt sich also quasi selbst, die Unwahrheit geschrieben zu haben.

Es werden entweder aus Unwissenheit oder aus Absicht falsche Angaben gemacht. DIE LINKE. fragt sich, was schlimmer ist.

Die Sanierung des Weges jedenfalls wurde nun für 2010 versprochen. Apropos versprochen: Versprochen wurde auch, dass ein dort in 2008 angepflanzter Baum noch in diesem Jahr seine Schutzbügel erhalten soll. Wer's glaubt. DIE LINKE jedenfalls bleibt am Ball, wie versprochen.

HP Fischer

■ Ehrenfeld

DIE LINKE. aktiv

2103 EhrenfelderInnen wählten DIE LINKE. am 30.08.2009. Damit lag das Ergebnis hinter unserer Erwartungen. Trotzdem haben wir die Köpfe nicht in den Sand gesteckt, sondern uns gemeinsam überlegt, wie wir linke Politik in Ehrenfeld künftig gestalten wollen.

Schon in den ersten Sitzungen waren wir aktiv und engagiert, um uns für die Interessen unserer WählerInnen stark zu machen. So wurde der Antrag der LINKEN angenommen, die Sparkasse KölnBonn

aufzufordern, die Schließung der Filialen im Stadtbezirk zurückzunehmen.

Wichtig ist für DIE LINKE. auch, dass die wenigen finanziellen Mittel, die dem Bezirk zur freien Verfügung stehen, auch in vollem Umfang erhalten bleiben. Um 10% hat der Rat der Stadt gegen die Stimmen der LINKEN die Mittel für die Bezirke pauschal gekürzt. Für Ehrenfeld sind das 5.000 Euro weniger, scheinbar eine kleine Summe. Aber viele Projekte im Bezirk werden mit wenig Mitteln unterstützt. Unverständlich in diesem Zusammenhang ist die Haltung der Grünen und der SPD, die in der Bezirksvertretung für den Erhalt der Mittel stimmten. Im Rat aber dann fand sich keine Mehrheit gegen die Kürzung der Gelder für die Bezirke.

Übrigens: Jeden zweiten Donnerstag im Monat bieten wir jetzt eine BürgerInnensprechstunde in der Toscana-Passage (Venloer Str. 440) an. Schauen Sie doch mal vorbei. Das nächste mal am 14.1.2010 18 - 20 Uhr.

Yesim Yesil-Bal

■ Nippes

35 km zur nächsten Sparkasse?

Coloneum, RTL ins alte Messegelände: die Stadtsparkasse KölnBonn war dabei und hat viel Geld investiert. Jetzt braucht sie selber Geld.



Ende 2008 hatten die Städte Köln und Bonn der Stadtsparkasse KölnBonn eine stille Einlage von zusammen 350 Millionen Euro gewährt. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband hatte Anfang 2009 noch 300 Millionen per Genussrechtskapital beigesteuert. Trotzdem aber reicht es nicht. Nun soll massiv gespart werden. 22 Filialen, zehn davon in Köln, sollen geschlossen

werden! Die Sparkasse KölnBonn sieht hier kein Problem, so haben ihre „Spezialisten“ errechnet, dass sich nach der „Umstellung“ – gemeint ist die Schließung – der durchschnittliche Weg zu den Filialen für die Bürger in Köln nur von 2 auf 2,3 Kilometer erhöht.

Was aber bedeuteten die durchschnittlichen 300 Meter mehr tatsächlich für die Menschen zum Beispiel in Longerich? Hier soll die Filiale in der Grethenstraße geschlossen werden. Bisher konnten die Menschen auf dem Weg zur Bahn oder zum Kaufmann eben auch bei der Bank reinschauen. Hier konnte Notwendiges mit Angenehmem mit einem kurzen Gang verbunden werden.

Die nach der geplanten Schließung nächste Filiale wäre das „Sparkassen Firmen Center Köln-Nord“ im Gewerbegebiet Longerich. Dies klingt nicht nur super modern, sondern auch passend zum Gewerbegebiet anonym. Aus den 300 Metern sind für die Kunden der Filiale Grethenstraße 35 km geworden.

35 km durch ein Gewerbegebiet sind für ältere Menschen, Menschen, die nicht mehr gut zu Fuß sind, eine fast unüberwindbare Entfernung.

Die Sparkasse hat zugesagt, statt der dann geschlossenen Filialen Geldautomaten und Kontoauszugsdrucker aufzustellen. Dies wird aber für die älteren Menschen keine wirkliche Hilfe sein, denn aus verständlichen Gründen wollen sich meist ältere Menschen nicht mehr auf ein neues Medium wie Internetbanking etc. einlassen. Für sie wird durch den Wegfall der direkten menschlichen Ansprache vor Ort Lebensqualität weggespart.

Die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen

Sparkassen ist es, flächendeckend die Versorgung mit Bankdienstleistungen für alle Bevölkerungskreise sicherzustellen.

Mit der Schließung der Filialen macht die Stadtsparkasse KölnBonn genau das Gegenteil.

Folgerichtig hatte DIE LINKE. in der Novembersitzung der Bezirksvertretung beantragt, „auf die Mitglieder im Verwaltungsrat der Sparkasse einzuwirken, um die geplanten Schließungen der Sparkassenfilialen in Longerich und im Sechzigviertel zu verhindern.“

Dieser Beschluss wurde gegen die Stimmen der CDU gefasst.

Andree Willige

Aus den Ausschüssen

■ Soziales und Senioren

Sozialtarif: Unsere Forderung bleibt bestehen

Auf der letzten Ausschusssitzung teilte die Verwaltung mit, dass der Ratsbeschluss zur Einführung eines Sozialtarifes für Strom und Gas nicht im herkömmlichen Sinn umgesetzt werden kann. Mit der Begründung, dass ein Sozialtarif für Strom und Gas nur zu Lasten der anderen Kunden der Rhein-Energie zu realisieren sei, erklärte das Unternehmen sich nicht bereit, einen solchen Tarif einzuführen. Statt eines Tarifs, der dem geringen finanziellen Spielräumen von tausenden Familien in Köln gerecht würde, werden drei Langzeiterwerbslose zu Energieberatern ausgebildet. Diese „Stromspar-Checker“ sollen in den Haushalten des Sozialraums Chorweiler nach Energieverschwendung fahnden und den Mietern Ratschläge zum Energiesparen geben. Auf das Argument, dass die Familien mit einem geringen Einkommen besonders unter den hohen Energiepreisen leiden, ging die Verwaltung nicht ein. Auch Vertreter der anderen Parteien zeigten sich unzufrieden mit dem Vorschlag der RheinEnergie. Selbst die zuständige Dezernentin Frau Marlies Bredehorst (Grüne) regte an, dass ein Projekt, bei dem in enger Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale ein Basistarif für Strom entwickelt werden sollte, sinnvoll wäre. Außerdem sucht die Verwaltung Kooperationspartner, die sich an den Kosten für Neuanschaffung von energiesparenden Geräten beteiligt. Auf die Nachfrage, wie lange die erhobenen Daten gespeichert werden und wer auf diese persönlichen Informationen zugreifen darf, erklärte die Verwaltung, dass die Daten nur kurz gespeichert und niemandem zugänglich sein werden.

Eines steht für uns aber fest: Wir fordern weiter einen Sozialtarif für Strom und Gas.
Richard Klein

■ Jugendhilfe

Hortschließungen

Eines der wichtigsten Themen ist für den Jugendhilfeausschuss die Frage der Entwicklung der Ganztagsangebote an den Kölner Schulen. Dazu gehört auch der Beschluss des Rates, Mitte 2010 die in sozial benachteiligten Kölner Stadtteilen noch laufende Förderung der Stadt für 54 Schülerhortgruppen einzustellen. Die Betreuung soll dann durch die Ganztagsangebote der Schulen gesichert sein. Zur Zeit des Ratsbeschlusses war allerdings nicht bekannt, dass die Landesförderung für die

Horte nicht zwangsläufig wegfällt. Horte in sozialen Brennpunkten müssen von diesem Fortfall nicht betroffen sein.

Zudem wird ein aktueller Beschluss zur Qualitätsverbesserung der Ganztagsangebote angeführt. Darin sind zwar in der Tat Schritte vorgesehen, die zu Qualitätsverbesserungen führen können. Aber auch das damit erreichbare Qualitätsniveau der Ganztagsangebote liegt deutlich unter dem der fortfallenden Hortbetreuung. Auf die neu einzuschulenden Kinder aus den betroffenen Einzugsbereichen kommt also eine deutlich verringerte Betreuungsqualität zu.

Der Qualitätsschwund wiegt umso schwerer, als gerade Kinder aus Horten in Brennpunkten einen erhöhten Förderbedarf haben, dem die Ganztagsangebote der Schulen nicht annähernd gerecht werden können:

Die Personalschlüssel der Ganztagsangebote sind generell und vor allem hinsichtlich des besonderen Förderbedarfs der jetzt hinzukommenden Kinder viel zu knapp bemessen.

Der eingeschränkte Grad an Professionalität des Personals der Ganztagsbetreuung hätte für diese Kinder zur Folge, dass ihrer besonderen pädagogischen Problemlage eine nicht adäquate Qualifikationsstruktur gegenüber stünde.

Auch wird der laufende materielle und personelle Ausbau der Ganztagsangebote nicht bewirken, dass der aktuelle Bedarf in Gänze abgedeckt werden kann.

Solange aber diese qualitativen und quantitativen Mängel nicht behoben sind, können die bestehenden Ganztagsangebote die Horte nicht ersetzen, darf also deren Schließung nicht in Betracht kommen!

Oswald Pannes

■ Stadtentwicklung

Busbahnhof muss am Breslauer Platz bleiben

Viele Menschen können sich eine Flug- oder Bahnreise ins europäische Ausland nicht leisten. Für diese Menschen ist die Fahrt mit einem Fernbus eine preiswerte Alternative. Täglich machen bis zu 80 Busse auf ihrem Weg nach Lissabon, Rom, Warschau und anderen Städten Europas Station am Breslauer Platz.

Geht es nach den Wünschen der Verwaltung und der großen Parteien im Rat der Stadt Köln, soll dieser Fernbusbahnhof am Breslauer Platz verschwinden. Der Fernbusbahnhof soll entweder zur Frankfurter Straße in die Nähe einer S-Bahn Station oder zum Köln/Bonner Flughafen verlegt werden. Die Flughafengesellschaft hat allerdings kein großes Interesse an dem Busbahnhof. Kein Wunder, denn die Kunden, die mit dem Fernbus fahren, werden wohl kaum in Porz in den Flieger steigen.

Beide Standorte sind für DIE LINKE nicht akzeptabel, denn sie bieten zwar tagsüber eine gute ÖPNV-Anbindung, aber nachts ist das nicht der Fall. Kommt ein



Busbahnhof Breslauer Platz

Fernbus beispielsweise um 1.30 Uhr in Porz oder Kalk an, ist der nächste Anschluss erst um 4.40 Uhr in Richtung Hauptbahnhof möglich. Diese Wartezeit ist nicht zumutbar, zumal über 60% der Nutzerinnen und Nutzer der Fernbusse mit dem ÖPNV zu ihrer Fernbusstation gelangen. Die Infrastruktur ist insbesondere in den Nachtstunden am Standort Frankfurter Straße nicht ausreichend. DIE LINKE fordert von der Verwaltung ein Konzept, welches den Verbleib des Fernbusbahnhofes am Breslauer Platz ermöglicht.

Michael Weisenstein

■ Umwelt und Grün

Was für ein Klima

Im Umweltausschuss hatte man das Gefühl, dass die Kommunalwahlen nicht gerade vorbei, sondern kurz bevor stünden. Das Klima war im Vergleich zu früheren Sitzungen merklich kühler und so manche(r) suchte noch nach Orientierung und eigenem Standort.

Während es also im Ausschuss kühler war, erwärmt sich das Weltklima. DIE LINKE hat bereits mehrere Anfragen zum Thema gestellt. Im August hieß die Antwort Klimastudie NRW und wurde ergänzt durch die Mitteilung „Anpassungsstrategie an den Klimawandel“. Diesmal kam die Verwaltung ohne jede Nachfrage darauf,

eine Mitteilung zu machen. Klimawandel stand in der Tagesordnung und Projekt zum Klimawandel und zu möglichen Anpassungsstrategien als Überschrift der Mitteilung.

Inhaltlich gab es nicht viel neues, außer, dass nun auch die Verwaltung auf das hinweist, was DIE LINKE bereits vor Monaten (Vergleiche Platzjabbeck 3/2009) in den Ausschuss eingebracht hatte: Der Klimawandel ist in Köln bereits angekommen, seine Folgen sind schon heute spürbar. [...] Daher sind neben den bereits laufenden Klimaschutzmaßnahmen (Klimaschutzkonzept der Stadt Köln) zusätzlich auch Maßnahmen zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel nötig. Schließlich lässt sich der Mitteilung noch entnehmen, dass ein entsprechendes Projekt am 26.10.09 gestartet wurde und dass man aus den Ergebnissen Planungsempfehlungen für die zukünftige, klimaangepasste Stadtentwicklung formulieren werde und weiterhin Strategien zur Bewältigung der unvermeidbaren Folgen entwickle.

Das kommt der Forderung aus dem LINKEN Kommunalwahlprogramm schon sehr entgegen: „DIE LINKE fordert daher einen ‚Paradigmenwechsel‘ im deutschen Städtebau. Klimaschutz in Städten ist bisher vernachlässigt worden.“

HP Fischer

■ AVR

„Mehr Spaß ohne Glas“ – Zur Karnevalskonzeption der Stadt Köln

In den letzten Jahren entwickelte sich der Karneval immer mehr zu einer Trink- und Sauforgie. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung am 11.11.2009, als ein Angriff mit einer abgebrochenen Bierflasche auf einen Polizisten mit einer schweren Verletzung endete. Die Verwaltung der Stadt Köln hat deshalb zusammen mit der Polizeidirektion Köln und dem Kölner Karnevalsverein ein Konzept entwickelt, wie dem ab Februar 2010 entgegen gewirkt werden kann.

Kernstück ist ein Glasflaschen- und (Glas-)Gläser-Verbot in der Altstadt, auf bestimmten Abschnitten der Ringe und auf der Zülpicher Strasse im Bereich Südbahnhof – Zülpicher Platz zu bestimmten Zeiten. Beginnen soll das Verbot Weiberfastnacht, enden am Aschermittwoch. Begleitet werden soll dies mit einer großen Aufklärungskampagne. Der Spaß an Karneval soll bleiben, die unakzeptablen Begleiterscheinungen aber verhindert werden.

Leider bezieht sich das Glasverbot nur auf zuviel Bier – und Weinflaschen, nicht aber auf Schnaps. Als Alternative zu den Kölsch-Stangen aus Glas wurden welche aus Plastik vorgestellt, die unkaputtbar einen gleichwertigen Kölschgenuss bieten, was der Autor in Selbstversuchen getestet

hat. Die Büdchen, Kneipen und Gaststätten erhalten als Kompensation für den verbotenen Bierflaschenverkauf eine Ausschank-Genehmigung für „loses“ Bier und können Bier aus Fässern in Plastik-Gläsern abgeben.

Warten wir ab, wie sich das im nächsten Karneval entwickelt.

P.S. Eine ähnliche Konzeption wäre auch für andere Großveranstaltungen auf dem Alter Markt, Heu- und Neumarkt denkbar und wünschenswert.

Kölle Alaaf

Dr. Manfred Hofmann

■ Gesundheit

Zu wenige Kinderärzte in Chorweiler

Für den ganzen Stadtbezirk Chorweiler gibt es gerade mal vier Kinder- und Jugendärzte. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) sieht die ärztliche Grundversorgung trotzdem gesichert. Immerhin überlegt die KV, Praxiszulassungen nicht mehr für die ganze Stadt, sondern künftig eher bezirksbezogen auszusprechen. Ob das das Problem aber löst, ist fraglich. Schließlich gehören Kinderärzte mit zu den am schlechtesten bezahlten Fachärzten. Dann auch noch eine Praxis in einem „armen“ Stadtteil zu eröffnen ist finanziell nicht attraktiv.

Auf Anfrage der LINKEN erklärte die Verwaltung, dass sie hier keine Steuerungsmöglichkeit besitzt. Einer Versorgung durch Ambulanzen der Städtischen Krankenhäuser erteilt die Verwaltung eine Absage.

Die Zulassungspraxis der Kassenärztlichen Vereinigung lässt das anscheinend nicht zu. Trotzdem sieht die Verwaltung die Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche, die Teil des kürzlich erstellten Handlungskonzeptes gegen Kinderarmut ist, nicht gefährdet.

Fehlende Kinderärzte sind nur ein Baustein in der großen Benachteiligung armer Kinder. Auch wenn die Stadt in der Frage der medizinischen Grundversorgung nicht der wichtigste Akteur ist, muss sie kreativ werden, um Lösungswege zu beschreiten. Wie das geschehen kann, z. B. über die günstige Überlassung städtischer Räume, ist erst noch zu prüfen und zu diskutieren. Das etwas geschehen muss, steht außer Frage. Denn Gesundheit gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb muss sich die Stadt Köln ihrer Verantwortung bewusst sein, die medizinische Versorgung für alle zu gewährleisten.

Uschi Röhrig

■ Sport

Verschwommene Absichten

Im November stellte die CDU einen Antrag zur „Entwicklung des ortsnahen Bäderangebotes in den Stadtteilen Nippes, Rodenkirchen und Weiden“, der zunächst den Eindruck erweckt, dass sich die CDU tatsächlich für den Erhalt aller Stadtteilbäder stark machen möchte. Allerdings sind Teile des Beschlussvorschlages derart widersprüchlich formuliert, dass einem Zweifel kommen an der Begründung, in der sich die CDU quasi die Rettung der Stadtteilbäder anrechnet.

Laut Antrag soll für die Bäder überprüft werden, ob eine Generalsanierung, ein Ausbau (Kombibad) oder ein „Neubau an einem anderen Standort“ die beste Alternative ist. Die Variante „Schließung“ kommt zunächst nicht vor. Allerdings wird in einem weiteren Abschnitt des Beschlussvorschlages dann doch eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit „unter Beachtung der Nachfragesituation“ gefordert.

Wer die „Bäderdebatte“ vor zwei Jahren verfolgt hat, dem ist sicher aufgefallen, dass es der CDU immer nur um ein Bad ging, nämlich um das Rodenkirchener. Und tatsächlich wollte man mit diesem Antrag wohl in erster Linie eine Standortdiskussion für das Rodenkirchener Bad anzetteln. Daran ließ die mündliche Begründung des Rodenkirchener CDU-Ratsherren Andreas Köhler auch keinen Zweifel.

Ohne Nippes und Weiden auch nur zu erwähnen, plädierte Köhler offen für den Neubau des Rodenkirchener Bades an anderer Stelle. Dass es Investoren gibt, die scharf auf das Grundstück des derzeitigen Standortes sind, kam nicht zur Sprache. Allerdings war schon vor zwei Jahren davon die Rede, dass es da „Interessenten“ gäbe.

Der Antrag der CDU wurde zwar mit den Stimmen der Grünen und der SPD abgelehnt, weitere Vorstöße sind jedoch wahrscheinlich. In diesem Zusammenhang ist es sicher nicht von Nachteil, dass DIE LINKE jetzt im Aufsichtsrat der Bäder GmbH vertreten ist, denn genau dort werden solche „Geschäfte“ diskutiert

Felix Schulte



Sonntagsöffnungen in Köln 2010

Am 17.12. soll der Rat der Stadt Köln über Ausnahmeregelungen nach dem Ladenöffnungsgesetz NRW zur Sonntagsöffnung für das Jahr 2010 entscheiden.

Im Jahr 2003 wurde eine „Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten“ gebildet, an der neben Ratsmitgliedern, VertreterInnen des Kölner Einzelhandels, der Interessensgemeinschaften des Einzelhandels in den Stadtbezirken, City-Marketing, der DGB und ver.di, die IHK Köln, der Katholikenausschuss und der evangelische Stadtkirchenverband teilnahmen.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wurde für das Jahr 2010 keine einvernehmliche Lösung erzielt. Dies lag insbesondere daran, dass die VertreterInnen des Handels die Möglichkeiten des Ladenöffnungsgesetzes NRW voll ausschöpfen wollten und gegenüber den vergangenen Jahren einen weiteren Sonntag zusätzlich dem Konsumrausch opfern wollten. Kirchen und Gewerkschaften strebten eine weitere Reduzierung der Sonntagsöffnungen an, da das geltende Ladenöffnungsgesetz ohnehin eine Öffnung der Verkaufsstellen von Montag 0 Uhr bis Samstag 24 Uhr zulässt und eine Sachnotwendigkeit für zusätzliche Sonntagsöffnungen eigentlich nicht erkennbar ist.

Der Rat hat in seiner Novembersitzung für die Jahre 2010 und 2011 beschlossen, dass die Verkaufsstellen aller Stadtteile innerhalb von 21 festgelegten Sonntagen insgesamt drei verkaufsoffene Sonntage beantragen können. Für die Innenstadt wurden ebenfalls drei separate Sonntage eingeräumt. Die Verwaltung hat nun eine ordnungsbehördliche Verordnung vorgelegt, die der Rat am 17.12. beschließen soll. Diese Vorlage deklariert ausschließlich die Termine und die stadtteilmäßig zu beachtenden Grenzlinien.

Ein besonderer Anlass wird mit den Terminen nicht mehr in Verbindung gebracht. In 17 Fällen ist beabsichtigt, Sonn-

tagsöffnungen in der Adventszeit 2010 vorzunehmen.

Rechnung ohne den Wirt gemacht?

Am 1. Dezember 2009 hat das Bundesverfassungsgericht sich mit den Regelungen des Berliner Ladenöffnungsgesetzes auseinandergesetzt und in einer für viele überraschenden Entscheidung festgestellt, dass die Berliner Regelungen nicht verfassungsgemäß sind – ein Urteil wider des wirtschaftsliberalen Zeitgeistes und ein Urteil gegen die Rundum-Ökonomisierung des Lebens.

Der Berliner Landesgesetzgeber sei seiner Schutzverpflichtung nicht gerecht geworden. Ein entsprechendes Schutzkonzept für die Gewährleistung der Sonn- und Feiertagsruhe müsse „diese Tage erkennbar als solche der Arbeitsruhe zur Regel erheben; die Ausnahme davon bedarf eines dem Sonntagschutz gerecht werden Sachgrundes.“

In der Erklärung des Bundesverfassungsgerichtes heißt es weiter „Die Gewährleistung der Arbeitsruhe sichert eine wesentliche Grundlage für die Rekreationsmöglichkeiten des Menschen und zugleich für ein soziales Zusammenleben und ist damit auch Garant für die Wahrnehmung von anderen Grundrechten, die der Persönlichkeitsentfaltung dienen.“ Die Sonn- und Feiertagsgarantie kommt etwa dem Schutz von Ehe und Familie (Art. 6, Abs. 1 GG) ebenso zugute wie die Erholung und Erhaltung der Gesundheit (vgl. Art. 2, Abs. 2 GG). Ihre Bedeutung resultiert wesentlich auch aus dem zeitlichen Gleichklang der Arbeitsruhe.

Diese grundrechtliche Betrachtungsweise durch das Bundesverfassungsgericht verlangt auch eine Neuinterpretation der Regelungen des Landesöffnungsgesetzes NRW. Hier werden ebenfalls ohne weitere Bedingungen die Ordnungsbehörden ermächtigt, unter Rücksichtnahme auf die Hauptgottesdienste, ohne weitere Prüfung



eines Sachgrundes an vier Sonn- und Feiertagen die Verkaufsstellen zu öffnen. Insofern ist auch die nordrhein-westfälische Regelung mit hoher Wahrscheinlichkeit ergänzungsbedürftig. Die nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerin Thoben vertrat die Auffassung, dass in jedem Falle ein besonderes Sachgrundinteresse erforderlich sei.

Hier käme den Kommunen nun eine erhöhte Prüfaufgabe zu. Laut Bundesverfassungsgerichtes bedeute dies bezüglich besonderer Ladenöffnung des Sonntages, „dass die Ausnahme eines dem Sonntagschutz gerecht werdenden Sachgrundes bedarf. Ein bloß wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und alltägliches Erwerbsinteresse („Shoppinginteresse“) potentieller Käufer genügen grundsätzlich nicht, um Ausnahmen von dem verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der Möglichkeit zur seelischen Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen.“

Die Fraktion DIE LINKE. hat den Stadtdirektor auf die Neuentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aufmerksam gemacht.

Nun werden Überlegungen angestellt, zunächst einmal nur über die Sonderöffnungszeiten des ersten Halbjahres zu entscheiden, um ausreichend Gelegenheit zu haben, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu berücksichtigen. Dies können wir im Interesse der fast 40.000 Beschäftigten des Kölner Einzelhandels und ihrer Familien auch nur hoffen. Berndt Petri

Müll und Abwasser: Keine Gebühren für Gewinne!

Hatten die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) für 2009 einen Gewinn von 8,9 Millionen erwartet, so mussten sie nun gegen Ende des Jahres ihre Prognose nach oben korrigieren. Es werden wohl 10,6 Millionen Gewinn werden, die sie an ihre Muttergesellschaft Stadtwerkekonzern ausschütten. Auch die AVG, welche die Müllverbrennungsanlage betreibt, wird an ihre beiden Gesellschafter (Remondis und Stadtwerke) jeweils rund 2,7 Millionen ausschütten. Das heißt, dass aus dem Bereich der Abfallwirtschaft über 13 Millionen Euro Gewinn erzielt werden.

Gleichzeitig sollen die Müllgebühren er-

höht werden. Da spielt DIE LINKE. nicht mit. Eine Gebührenerhöhung, in der die Steigerung der Tariflöhne der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der AWB wieder zu finden ist, wäre für die Fraktion DIE LINKE. nachvollziehbar gewesen. Nicht einsehbar ist, dass die Überdimensionierung und der Klügel beim Bau der Müllverbrennungsanlage jetzt durch die angedachte drastische Gebührenerhöhung zu Lasten der Bevölkerung gehen und diese höhere Gebühren zahlen sollen, obwohl oder damit die Firmen Gewinne machen.

Auch dem Wirtschaftsplan 2010 der Stadtentwässerungsbetriebe, STEB, ist

mehr beiläufig zu entnehmen: „Die StEB schließt das Wirtschaftsjahr 2009 voraussichtlich mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 38 Mio. Euro gegenüber 13,3 Mio. Euro Plan 2009 ab. Der überplanmäßige Gewinn in Höhe von 24,7 Mio. Euro entstand aus der Auflösung der US-Leasing-Transaktion im April 2009.“ Doch auch die Gebühren für das Abwasser sollen trotz Gewinn erhöht werden.

DIE LINKE. im Rat fordert, dass diese Gewinne zu Gunsten der Gebührenzahler in die Gebührenkalkulation eingerechnet werden müssen. Das kann auch über mehrere Jahre verteilt werden. →

Jetzt aussteigen aus den Messe-Verträgen

Wenn Die LINKE. im Rat oder Gruppen wie „BürgerInnen gegen Esch-Oppenheim“ die Stadt aufgefordert haben, aus dem sittenwidrigen Mietvertrag für die Messehallen-Nord auszusteigen oder auch nur Verhandlungen mit dem Immobilienfonds zu starten, stöhnten die Politiker der etablierten Parteien von CDU bis zu den Grünen entnervt auf: „nicht möglich“, „vollkommen unrealistisch“, „rechtlich nicht zulässig.“

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) Ende Oktober hat das Gegenteil bewiesen: Unsere Forderungen waren von Beginn an nicht nur gerecht und im Interesse der Kölner Bevölkerung, sondern realistisch und selbst nach geltendem Recht geradezu geboten.

Die gesamte Konstruktion des so genannten „Mietvertrages“ ist nicht zulässig. Dieser war lediglich eine Deckung für einen Bauauftrag, für ein Geschäft der Sorte „Public Private Partnership“, bei dem der eine „Partner“, die öffentlichen Kassen und damit die Bevölkerung, zahlt und die Risiken trägt und der andere „Partner“, die privaten Investoren um Josef Esch und die Oppenheim-Bank, garantierte Profite einstreicht.

Im Ergebnis zahlen die Messe und damit die Stadt, die einspringt, wenn die Messe nicht mehr kann, über 30 Jahre gerechnet zwischen 300 und 400 Millionen Euro mehr als nötig.

Kosten vollständig offenlegen

Das Urteil bietet der Stadt Köln alle Möglichkeiten, den Schaden zu verringern und die Kosten zu senken: Die Verträge können sofort für nichtig erklärt und aufgehoben werden.

Messe und Stadt können nach Aufhebung des Mietvertrages die Hallen zum Baupreis kaufen. Natürlich nicht zum märchenhaft ausgestalteten Preis von 260 Millionen Euro samt aller herbei fantasierten

„Softkosten“, sondern zum vermutlichen Baupreis von 140 Millionen Euro, abzüglich der bisher geleisteten Mietzahlungen. Um den Wert der Hallen und die Baukosten zu ermitteln ist die Offenlegung sämtlicher Unterlagen des Geschäfts nötig. Das

komplett unfähig, oder, was wahrscheinlicher ist, sie haben sich die Sache entsprechend hingebogen, in der Hoffnung, dass das Geschäft nicht auffliegt.

Pech gehabt. Findige Journalisten vom WDR, bürgerliche Anhänger eines „fairen



Protestaktion der LINKEN vor dem Bankhaus Sal. Oppenheim im Kommunalwahlkampf August 2009

von der Sparkasse Köln-Bonn erstellte interne Wertgutachten zu den Messehallen ist unverzüglich zu veröffentlichen. Der Baugeneralunternehmer Hochtief sollte in der Lage sein, eine Gesamtrechnung der realen Baukosten vorzulegen.

Die Kaufsumme könnte über Kommunalkredite günstig finanziert werden. Die Stadt würde die Hallen an die Messe vermieten, zu einem angemessenen Preis unter 10 Millionen Euro pro Jahr. Im Gegenzug würde die Kölnmesse GmbH aus der Finanzklemme herauskommen, die Stadt müsste geringere Zuschüsse an die Messe zahlen.

Der Esch-Oppenheim-Immobilien-Fonds ist in der Defensive. Der Fonds kann nichts mit den Nordhallen anfangen, wenn diese nicht von der Kölnmesse GmbH benutzt werden. Zudem ist diese Art von Geschäften öffentlich als Plünderung der öffentlichen Kassen zu Gunsten privater Investoren entlarvt.

Man musste keine juristischen Kenntnisse haben, um dieses Urteil zu erwarten. Zu wackelig war die Konstruktion des „Mietvertrages“. Trotzdem haben der städtische Rechtsreferent, Kämmerer Soénius, beauftragte Anwälte und all die Juristen im Rat immer gesagt, alles wäre rechtlich waserdicht. SPD-Fraktionschef Börschel, auch ein Jurist, behauptet, man hätte sich auf das Urteil von Soénius und Co. verlassen. Entweder diese Juristen sind ignorant und

Wettbewerbs“ wie Prof. Feinen, engagierte Bürger wie der Kabarettist Heinrich Pachel oder die „BürgerInnen gegen Esch-Oppenheim“ und nicht zuletzt die Fraktion der LINKEN. im Rat haben geforscht, publiziert, aufgeklärt. Der Deal ist aufgefliegen, die Esch-Fonds als schmutzige Geschäftemacherei entlarvt, die Oppenheim-Bank – aus anderen Gründen – pleite. Gegen Ex-SK-Chef Schröder und Josef Esch wird ermittelt.

Eigentlich gibt es nichts zu verhandeln. Angesichts der durch Geschäfte mit dem Esch-Oppenheim-Fonds verursachten Verluste öffentlicher Gelder (Technisches Rathaus, Bezirksrathaus Nippes, MMC ...) wäre die entschädigungslose Enteignung der Hallen und deren Überführung in öffentliches Eigentum angebracht. Doch wir wissen, dass sich die Etablierten weiter zieren, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen.

Deswegen haben wir einen bescheidenen Antrag in den Rat eingebracht: Rat, Verwaltung und Messe sollen lediglich eine Verhandlungskommission einrichten, um mit dem Fonds zu besprechen, wie mit dem wichtigen Vertrag und den Messehallen umzugehen ist, mit dem Ziel, eine Reduzierung der Mietbelastung zu erreichen. Mal gucken, ob Ratsmehrheit und Verwaltungsspitze auch jetzt noch darauf setzen, erst einmal abzuwarten.

Claus Ludwig



→ Die AWB, AVR und die StEB müssen jetzt ihre Hausaufgaben machen und nicht Gebührenzahler und Politik hinters Licht führen. Und die Politik hat ein echtes Problem, den Menschen zu erklären, warum die Gebühren angehoben werden müssen, obwohl Gewinne eingefahren werden. Es ist schon Belastung genug, wenn die städtischen Betriebe, die Verluste einfahren, ihre Preise erhöhen.

Gerade in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise werden sowohl die Menschen in Köln als auch der städtische Haushalt schon sehr belastet. Es ist wichtig, nicht als erstes die Menschen für die nicht von ihnen verursachte Krise zahlen zu lassen.

Jörg Detjen,
HP Fischer

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Termine ...

Fr, 18.12., 15-16 Uhr

Sprechstunde Claus Ludwig
linker raum kalk, Steprathstr. 11

Di, 22.12., 19 Uhr

AK Umwelt und Gesundheit
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Do, 7.1., 19 Uhr

Bürgerstammtisch BV Innenstadt-Nord
Lokal „Em Altertümche“, Ritterstr. 57

Fr, 8.1., 15-16 Uhr

Sprechstunde Bezirksvertreter Kalk
linker raum kalk, Steprathstr. 11

Di, 12.1., 16.30 Uhr

AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Do, 14.1., 18-20 Uhr

Bürgersprechstunde Ehrenfeld
Toscana-Passage, Venloer Str. 440

Fr, 15.1., 15-16 Uhr

Sprechstunde Claus Ludwig
linker raum kalk, Steprathstr. 11

Mi, 20.1., 18 Uhr

Neujahrsempfang der Fraktion
Span. Bau, Kardinal-Frings-Saal

Do, 21.1., 17.30 Uhr

AK Jugend und Schule
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Do, 21.1., 19 Uhr

Bürgerstammtisch BV Innenstadt-Süd
„Amörchen“, An der Bottmühle 13

Fr, 22.1., 15-16 Uhr

Sprechstunde Bezirksvertreter Kalk
linker raum kalk, Steprathstr. 11

Mo, 25.1., 18 Uhr

AK Kalk, linker raum kalk, Steprathstr. 11

Do, 28.1., 18-20 Uhr

Bürgersprechstunde Ehrenfeld
Toscana-Passage, Venloer Str. 440

Fr, 29.1., 15-16 Uhr

Sprechstunde Claus Ludwig
linker raum kalk, Steprathstr. 11

Do, 4.2., 19 Uhr

Bürgerstammtisch BV Innenstadt-Nord
Lokal „Em Altertümche“, Ritterstr. 57

Wer vertritt DIE LINKE. in den Ausschüssen?

Hauptausschuss
Finanzausschuss
Rechnungsprüfungsausschuss
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung/
Vergabe/Internationales
Ausschuss für Soziales und Senioren
Ausschuss für Kunst und Kultur
Ausschuss für Schule und Weiterbildung
Sportausschuss
Stadtentwicklungsausschuss
Ausschuss für Umwelt und Grün
Verkehrsausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
Liegenschaftsausschuss
Bauausschuss
Gesundheitsausschuss
Jugendhilfeausschuss

Gisela Stahlhofen
Claus Ludwig
Torsten Löser

Jörg Detjen, Dr. Manfred Hoffmann
Gisela Stahlhofen, Richard Klein
Sengül Senol, Monika Ruiten
Özlem Demirel, Elke Hoheisel-Adejolu
Felix Schulte, Joachim Schulz
Michael Weisenstein, Lothar Müller
HP Fischer, Dieter Koberg
Hans Peter Arenz, Franz-Albert Krämer
Jörg Detjen, Bernd Petri
Peter Löwisch, Berthold Bronisz
Stefan Kühn
Bernd Weber
Uschi Röhrig
Claudia Trappe-Nolden, Oswald Pannes

DIE LINKE.KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DFB Pokalfinale der Frauen

1955 beschloss der DFB, das Fußballspielen mit Damenmannschaften zu unterbinden. Erst am 30. Oktober 1970 hob der DFB das Frauenfußballverbot wieder auf. Es dauerte noch 11 Jahre bis erstmals ein deutscher Frauenpokalsieger ermittelt wurde. Seitdem sind unsere Fussballfrauen auf dem Vormarsch. 2003 und 2007 wurden sie Weltmeisterinnen und 7 Mal Europameisterinnen. Bisher waren sie immer nur das „Vorprogramm“ für das Männer-Pokalfinale in Berlin. Nun kicken sie am 15. Mai 2010 im Rheinenergie Stadion das erste eigene Pokalfinale. Der neue Pokal wurde jetzt im Kölner Rathaus vorgestellt. Mit einem Gewicht von 11 kg und 60cm Höhe kann er sich sehen lassen. Die Ex-Fußballerin, Moderatorin und WM-Botschafterin Shary Reeves sang zum Abschluss der Veranstaltung mit den „Höhnern“ die Hymne für das Pokalendspiel der Frauen.



Gisela Stahlhofen